Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rääde
Kiel, 12.09.2007

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Situation der Nord- und Ostseefischerei

Mit dem vorliegenden Bericht der Landesregierung bekommen wir einen guten Einblick über die Entwicklung und die Situation der Fischerei in Schleswig-Holstein. Er macht deutlich, wie vielschichtig die Probleme der Fischerei in Schleswig-Holstein, aber auch in Europa sind.

Wir müssen erkennen, dass ein großer Teil der im Bericht angesprochenen Problembereiche in einer verfehlten europäischen Fischereipolitik gründen. Und dabei wird deutlich, dass wir das Problem in Schleswig-Holstein allein nicht lösen können, da die maßgeblichen Gesetze und Vorgaben aus Brüssel kommen. Diese Erkenntnis ist jedoch nicht neu. Bereits in früheren Debatten wurde deutlich, dass die formulierten Ziele zur Nachhaltigkeit, der rentablen Nutzung der Fischereiressourcen und Flottenpolitik wenig mit der Wirklichkeit zu tun haben.

Der Bericht spricht hier eine deutliche Sprache. Nicht ausreichende Kontrollen und fehlende Sanktionen in einzelnen Mitgliedstaaten haben dazu geführt, dass die EU immer mehr und kompliziertere Regeln aufgestellt hat. Die kaum noch überschaubare Vielzahl von EU-Regelungen ist das Ergebnis, mit dem die EU immer wieder den Versuch unternommen hat gegen Verstöße einzelner Mitgliedstaaten anzugehen. Dort wurde ein Bürokratiemonster aufgebaut, das nicht nur seinen Zweck nicht erfüllt, sondern den Kontrollaufwand ständig erhöht und die ordnungsgemäße Fischerei immer stärker einschränkt.

Aber bei aller Kritik sollten wir uns auch vor Augen halten, was wäre, wenn wir keine europäische Fischereistrategie hätten. Das Resultat wäre Raubbau in den Meeren, der unkontrolliert und ungehemmt vonstatten geht. Dies will natürlich auch keiner.
Es ist daher notwendig, dass die EU handelt und endlich dort einschreitet, wo es Verstöße gegen das Fischereirecht gibt. Die unterschiedliche Umsetzung des Fischereirechts in einigen Mitgliedstaaten führt nicht nur zu einer Ungleichbehandlung und Wettbewerbsverzerrung, sie missachtet jeglichen Gedanken der Nachhaltigkeit. Und dann ist es unseren Fischern nicht mehr vermittelbar, dass sie sich an Gesetze und Richtlinien halten müssen, wenn der Umgang mit dem europäischen Fischereirecht in einigen Mitgliedstaaten mehr als lax gehandhabt wird.

Um die bestehenden Vorschriften besser einhalten zu können, hat die EU eine neue Kontrollstelle und Strategie entwickelt. Dafür hat sie eigens eine Fischereiaufsichtsagentur errichtet, die vor einem Jahr ihre Arbeit aufgenommen hat. So soll für eine bessere Koordination der Fischereiaufsicht in den Mitgliedstaaten gesorgt werden. Dabei bedient sich die Agentur auch des Kontrollpersonals und der Kontrollfahrzeuge der Mitgliedstaaten selbst und setzt sie auch außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs ein. Inwieweit die Agentur und die Mitgliedstaaten erfolgreich sein werden, hängt nun maßgeblich davon ab, inwieweit die Personalstärke und -strukturen an die erhöhten Anforderungen angepasst werden. Der Bericht macht hierbei deutlich, dass erste Prüfungen der EU ergeben haben, dass Schleswig-Holstein seine Hausaufgaben gemacht hat. Dies ist erfreulich, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass wir unbedingt im Focus der Fischereiaufsichtsbehörde gestanden haben.

Ein erster Erfolg der Agentur dürfte das von der EU-Kommission verhängte Dorschfangverbot für Polen sein. Es bleibt aber abzuwarten, wie umfangreich die von der EU verhängten Sanktionen sein werden. Polen hat sich genauso an die Fangbestimmungen zu halten wie alle anderen Mitgliedstaaten auch. Dies ist eine logische Konsequenz, die man dort vielleicht erst lernen muss. Bei der Ostseefischerei darf aber nicht übersehen werden, dass Russland auch zu den Ostseeanrainerstaaten gehört, dass es dort aber keine EU-Regelungen zu Fangquoten gibt. Dies ist ein dringliches Problem, dass es unbedingt zu lösen gilt. Denn nur wenn alle Ostseeanrainerstaaten an einem Strang ziehen können sich die Fischbestände dort erholen.

Abschließend möchte ich hervorheben, dass wir den Schritt der norddeutschen Küstenländer, sich zu einer fischereipolitischen Allianz zusammenzuschließen begrüßen, um somit gestärkt gegenüber Berlin und insbesondere Brüssel auftreten zu können. Dies ist eine logische Konsequenz, wenn man sich dort Gehör verschaffen will. Es bleibt nun abzuwarten, inwieweit das von den norddeutschen Küstenländern

ausgearbeitete 9-Punkteprogramm Zustimmung findet, damit künftig die Belange der Norddeutschen Küstenländer besser berücksichtigt werden. Aber es wird in jedem Fall darauf ankommen, dass alle EU-Mitgliedstaaten die Regeln, die auch ihre eigenen Regierungen mit aufgestellt haben, auch einhalten und dass wir es schaffen hier Russland mit ins Boot zu holen. Für den zweiten Punkt sollten wir überlegen, ob unsere Beziehungen in die Region Kaliningrad und die Ostseezusammenarbeit auf den verschiedenen Ebenen hier genutzt werden können.